

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1916/2011
Amt/Aktenzeichen Dezernat V/68 20 08	Datum 31.10.2011	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 15.11.2011			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Park- und Verkehrsausschuss	Vorberatung	23.11.2011	Ö
Stadtrat	Entscheidung	14.12.2011	Ö

Betreff: Haltepunkt Schott Glas/Hattenbergstraße Antrag Nr. 92/2001 der Stadtratsfraktion CDU und FDP
Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen Mainz, 02.11.2011 gez. Eder Katrin Eder Beigeordnete
Mainz, Jens Beutel Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

1. Der **Park- und Verkehrsausschuss** nimmt den dargestellten Sachstand zur Kenntnis und empfiehlt dem **Stadtrat**, den Antrag 92/2001 der Stadtratsfraktionen CDU und FDP in einem Jahr erneut aufzurufen.
2. Der **Stadtrat** beschließt, den Antrag 92/2001 der Stadtratsfraktionen CDU und FDP in einem Jahr erneut aufzurufen.

Problembeschreibung / Begründung:

1. Sachverhalt

Die Verwaltung hatte in ihrer Beschlussvorlage vom Juli 2010 dargestellt, dass ein neuer Haltepunkt im Schienenpersonennahverkehr im Bereich Hattenbergstraße aus städtebaulichen Gründen nicht zu befürworten ist. Hauptargument für die Ablehnung der weiteren Verfolgung der Konzeptidee war jedoch, dass die Stadt Mainz derzeit nicht in der Lage ist, den üblicherweise zu leistenden Komplementäranteil bei Zuschussmaßnahmen aufbringen zu können, der im vorliegenden Fall mehrere Millionen Euro beträgt.

Nachdem beim (damaligen) Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) bekannt wurde, dass dieses Projekt aus den oben genannten Finanzierungsaspekten heraus nicht weiter verfolgt werden soll, fanden Gespräche mit der Stadt Mainz statt, in denen einerseits das besondere Interesse des Landes an dem Haltepunkt betont und gleichzeitig auch in Aussicht gestellt wurde, nach Wegen zu suchen, die Finanzierung in einem für die Stadt Mainz tragbarem Modus sicherzustellen.

Um eine für alle Seiten gleichwertige Diskussionsebene zu schaffen, wurde eine ältere Potenzialabschätzung aktualisiert und zwischen Ministerium und Stadt abgeglichen. Das seit kurzem vorliegende Ergebnis dient im nunmehr gebildeten Ministerium des Inneren, für Sport und Infrastruktur für weitere Überlegungen.

Die Verkehrsverwaltung der Stadt Mainz geht davon aus, dass mit belastbaren weiteren Erkenntnissen in der ersten Jahreshälfte 2012 gerechnet werden kann. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verkehrsverwaltung, den Antrag 92/2007 der Stadtratsfraktionen CDU und FDP in einem Jahr erneut aufzurufen.

2. Kosten/Finanzierung

Der Stadt Mainz entstehen im Zusammenhang mit den derzeitigen Überlegungen zur Weiterverfolgung des Projektes vorläufig keine weiteren Kosten.

3. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

Geschlechtsspezifische Auswirkungen: keine

Finanzielle Auswirkungen:

ja, Stellungnahme des Amtes 20 (Anlage 1)

nein